

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 212 / 2014

Kiel, Mittwoch, 14. Mai 2014

Umwelt / Landesnaturschutzgesetz

### Oliver Kumbartzky: Die Koalition will völlig überzogenen Naturschutz erzwingen

In seiner Rede zu TOP 37 (Landesnaturschutzgesetz) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Heute werden wir Zeuge eines bemerkenswerten Vorgangs. Der Gesetzgeber fordert die Regierung auf, ein vorhandenes Gesetz zu novellieren. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Koalition sich nicht dazu in der Lage sieht, selber Änderungen zum Naturschutzgesetz vorzulegen. Gleichzeitig haben die Koalitionsfraktionen offenbar so viel Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung, dass sie meinen, ihr Leitplanken mit auf den Weg geben zu müssen. Das Ende vom Lied kennen wir bereits: Der Umweltminister wird später gegenüber den Verbänden erklären, dass er ja von den Fraktionen gezwungen war, die Novelle so vorzubereiten.

Bereits 2012 hatten wir ein ähnliches Vorgehen, und zwar beim Knickerlass. Auch hier war der Minister ja von den Koalitionsfraktionen aufgefordert worden, zu handeln. Anschließend hat er kaum eine Gelegenheit ausgelassen, gegenüber den Verbänden und der Öffentlichkeit seine Hände in Unschuld zu baden. Immerhin ging es 2012 noch um einen Erlass, der vom Parlament nicht selber erarbeitet und verabschiedet werden kann. Jetzt aber die Regierung aufzufordern, Gesetzesänderungen vorzulegen, ohne selber einen Entwurf zu haben, grenzt schon an Arbeitsverweigerung.

Ich möchte im Folgenden aber gerne auf den bemerkenswerten Antrag eingehen. Zunächst einmal halte ich es für absolut populistisch, für Schleswig-Holstein ein Bild zu malen, das von ‚Artensterben‘ und dem ‚Verlust von Lebensräumen und Ökosystemen‘ durch ‚die Umweltverschmutzung und die Zersiedlung der Landschaft‘ spricht.

Ich stelle Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW, wirklich die Frage, ob sie bei dem Satz an Schleswig-Holstein gedacht haben. Sie stellen unser Land völlig verfremdet dar und tun mit Ihrem Antrag so, als gehe die Bevölkerung auf dem Lande rücksichts- und gewissenlos mit der Natur um.

Und Sie tun so, als hätten wir derzeit kein Naturschutzgesetz, als gebe es nicht bereits bestehende Naturschutzgebiete und Nullnutzungszone. Und Sie handeln und reden so, als wüssten Sie alles besser.

Ihre Anforderungen an das neue Gesetz verfolgen doch nur ein Ziel: mit der Ordnungskeule soll den Menschen Naturschutz diktiert werden. Die Menschen sollen nicht von sich aus ein Interesse am Artenschutz oder der Biodiversität entwickeln, nein, sie sollen es vorgegeschrieben bekommen. Von den Grünen hatte ich nichts anderes erwartet, aber dass SPD und SSW jetzt nach dem Knickerlass, dem Filtererlass und dem Dauergründlanderhaltungsgesetz nun auch beim Landesnaturschutzgesetz bedingungslos auf die Linie der Grünen einschwenken, ist erschütternd und ein umweltpolitischer Offenbarungseid.

Auf 15 Prozent der Fläche in Schleswig-Holstein soll in Zukunft der Natur Vorrang eingeräumt werden. Man stellt sich die Frage, wie so eine Zahl erreicht werden soll, wenn der Minister noch vor kurzem im Parlament klargestellt hat, dass es immer schwieriger wird, Flächen beispielsweise für die Neuwaldbildung zu generieren.

Aber die Antwort auf die Frage liefert die Koalition ja auch im nächsten Punkt des Antrages. Das Vorkaufsrecht soll wieder eingeführt werden. Der ohnehin schon immense Flächendruck wird damit noch einmal deutlich verstärkt. Und Sie nehmen der Landwirtschaft mit dem Vorkaufsrecht Produktionsflächen und damit Eigentum und Freiheit.

Damit aber nicht genug. Während Sie die Landwirtschaft bei der Verabschiedung des Dauergründlanderhaltungsgesetzes in dem Glauben gelassen haben, sie hätte einen Erfolg errungen, weil die Aufnahme des Grünlands in die Biotopverordnung verhindert werden konnte, wird dieser kleine Erfolg direkt wieder abgeräumt. Alleine der Wertverlust der Fläche, wenn sie in den Biotopschutz aufgenommen wird, dürfte beachtlich sein.

Und als wenn diese Hiobsbotschaften für die Landwirtschaft nicht schon schlimm genug sein dürften, droht die Koalition ihnen auch noch indirekt. Sie tut dies, indem sie klarstellt, dass freiwillige Lösungen nicht immer rechtliche Vorgaben ersetzen können. Wenn man dann in diesem Zusammenhang die Forderung des BUND aus der Presseberichterstattung vom Montag betrachtet, dann wissen wir, in welche Richtung es gehen könnte. Dem BUND gehen die Eckpunkte noch nicht weit genug und man fordert die Abschaffung des erfolgreichen Vertragsnaturschutzes. Das wäre fatal für unser Land.

Wir werden den Koalitionsantrag und die darin enthaltenen, völlig überzogenen Forderungen ablehnen, weil wir das derzeitige Landesnaturschutzgesetz für zielführend und richtig halten. Der Schutz unserer natürlichen Umwelt, die Verminderung des Landschaftsverbrauches und die Vermeidung von Schadstoffeinträgen in die Luft, den Boden und das Wasser sind zweifelsohne wichtige Vorsorgemaßnahmen, um uns und unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt zu erhalten. Aber Umweltschutz geht nur mit den Menschen, und nicht gegen sie. Es ist wichtig, die privaten Eigentümer mit ins Boot zu holen. Schließlich sind sie es, die den Umweltschutz umsetzen. Und diesen Menschen pauschal Unwissenheit und Unfähigkeit vorzuwerfen durch Anträge wie den Vorliegenden, wird weder der angeblichen ‚Dialogkultur‘ der Koalition gerecht, noch dem Naturschutz.“